

Monatlich
nach 3,50 Mk.
nach die Post 3,70 Mk.
erschienen täglich mit Aus-
nahme der Sonn- und
Feiertage.
Druck und Verlag
von E. G. Sommer,
300 Gnd und Diez.

Diezener Zeitung



(Kreis-Anzeiger.)

(Lahn-Vote.)

(Kreis-Zeitung.)

Preis der Einzelgen:
Die einseitige Zeile 50 H.
Anti-Def. u. Ber. 70 H.
Reklamengeld 1.50 H.

Ausgabezeitung:
Diez, Rosenstraße 34.
Herausgeber: R. 17.
Verantwortlich für die
Schriftleitung:
Karl Breidenbach, Gnd.

Verbunden mit dem „**Amtlichen Kreisblatt**“ für den Unterlahnkreis.

Nr. 98

Diez, Dienstag, den 4 Mai 1920.

26. Jahrgang.

Letzte Nachrichten.

Die Deutsch-lettischen Verhandl. vor dem Abschluß.

Die Berliner, 4. Mai. Von zuverlässiger Seite erfährt das Berliner Tageblatt, daß die deutsch-lettischen Verhandlungen unmittelbar vor ihrem Abschluß stehen und höchstwahrscheinlich zur Unterzeichnung eines Vorfriedens führen.

Aus der „Bayerischen Volkspartei“.

Die Berliner, 4. Mai. Wie dem Berliner Vol.-Anz. berichtet wird, hat der 2. Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei, der Landtagsabgeordnete Prof. Stange, auf dem Parteitag seine Reichstreue betont, aber erklärt, wenn ein Sozial-Neid entsteht, man nicht mitmache, um es zu vermeiden, einen idealen Zustand wieder herbeizuführen.

Ernenerungen im Reichsministerium des Innern.

Die Berliner, 4. Mai. Das Reichsministerium des Innern ernannte zu seinem Wahlvorsteher den Präsidenten des statistischen Reichsamtes Dr. Delbrück und zu seinem Stellvertreter den Geh. Reg.-Rat Dr. Tenius.

Freiherr von Westerhold ermordet.

Die Münster i. W., 3. Mai. Freiherr von Westerhold-Sydenberg aus Schloß Witten auf Haltern, der heute vor dem Kriegsgericht in Münster erscheinen sollte, um gegen ein Angehörigen der „Roten Armee“ Töten zu zeugen, der wegen Plünderung des Schlosses angeklagt war, wurde heute morgen kurz vor Münster ermordet aufgefunden. Schon vor einiger Zeit verlautete, man habe seitens der „Roten Armee“ auf den Kopf des Freiherrn eine Belohnung von 20.000 Mark gesetzt.

Der Kaiser verlegt seinen Wohnsitz.

Die Rotterdam, 3. Mai. Wie der Nieuwe Courant meldet, wird der deutsche Kaiser am 12. Mai seinen Wohnsitz von Amerongen nach seiner Festung Doorn verlegen.

Schwere Gasexplosion.

Die Zwickau, 3. Mai. Auf dem Wilhelmshacht II brach infolge Gasexplosion ein Brand aus, der über zwei Tage wütete. 92 der über 300 Mann starken Besatzung sind vermutlich erstickt.

Kiew von den Polen genommen.

Die New York, 3. Mai. Nach einem Telegramm hiesiger Zeitungen sind die Polen am 2. Mai in Kiew eingedrungen.

Der Fall Rautenstrauch.

Die Berliner, 4. Mai. In Trier ist der Kommerzienrat Rautenstrauch durch ein französisches Militärgericht vor einiger Zeit verurteilt worden, weil er die Unwissenheit der Franzosen im besetzten Gebiet als unentwuschelt bezeichnet hat. Die Strafe lautete auf 14 Tage Gefängnis und 3000 Mark Geldstrafe. Am 23. April ist der Verurteilte zur Verbüßung der Gefängnisstrafe abgeführt worden. Der Reichskommissar für das besetzte Gebiet ist nach wie vor tätig, um die Freilassung zu erwirken.

Unfall des Vorsitzenden der sozialdemokr. Partei.

Die Berliner, 4. Mai. Nach einer Meldung des Berliner Tageblatts ereilte den Vorsitzenden der sozialdemokratischen Partei Otto Wels ein Unglücksfall beim Turnen. Eine Verletzung am Knie machte die Überführung ins Krankenhaus notwendig.

Erzbergers Ausschluß.

Die Berliner, 4. Mai. Entgegen einer durch die Presse gegangenen Nachricht, daß Erzberger nicht aus dem Reichstagszentrum ausgeschlossen worden sei, stellt der Berliner Vol.-Anz. fest, daß Erzberger tatsächlich doch ausgeschlossen worden ist. Der Beschluß wurde vom Reichsausschuß der Zentrumsparlei mit 47 gegen 11 Stimmen vollzogen.

Das neue Kabinett in Dänemark.

Die Kopenhagen, 4. Mai. Der König hat den früheren Ministerpräsidenten Neergaard aufgefordert, das neue Ministerium zu bilden. Dieser erklärte sich bereit, die Aufgabe der Kabinettsbildung zu übernehmen. Neergaard gehört der linken Partei an.

Die Lösung der Angelegenheit Wilhelms 2.

Die Haag, 4. Mai. Der „Nieuwe Courant“ schreibt zu dem gestern veröffentlichten Notenwechsel betr. den vormaligen Kaiser, unter der Überschrift „Causa Wilhelms 2.“: Wir sind völlig einverstanden damit, daß die Alliierten der holländischen Regierung die Ausübung ihrer Schutzrechte überlassen wollen. Die befriedigende Lösung der Angelegenheit ist auf die feste Haltung der niederländischen Regierung zurückzuführen, die ihr wohlbegründetes Recht voll, aber nicht herausfordernd aufrecht erhält.

Deutschland.

München, 4. Mai. Wenn der Finanzausschuß des Landtages mit allen Stimmen gegen diejenigen der Sozialdemokraten dahin schlüssig wurde, daß die Aushebung des kaiserlichen Ministeriums des Äußern mindestens bis nach den Neuwahlen des Landtages zurückzustellen sei, so kann das als ein weiteres Anzeichen starker Betonung eines eigenen, von Berlin unabhängigen Willens angesehen werden, wie dies auch in der Frage der Einwohnervorteil herbeigeführt ist. Mit der in Bayern zwar langsam, aber stetig sich vollziehenden Rechtschwenkung, über die auch alle neuen Kundgebungen der Linkspolitiker nicht hinwegtäuschen können, wächst naturgemäß auch der Widerstand gegen den militärisierenden Geist der Sozialdemokratie.

Im Anschluß an die Mitteilungen der Deutschen Allgemeinen Zeitung über die Ausführung des Friedensvertrages stellen die Abendblätter auf Grund von Angaben von zuverlässiger Seite fest, daß die Abrüstung der Luftfahrzeuge große Fortschritte macht und daß der Befehl, die letzten Reste der ehemaligen Fliegertruppe abzurufen, jetzt erteilt sei. Mehrere hundert Flugzeuge und Flugzeugmotoren seien für den Abtransport nach den Verbündeten bereitgestellt. Die Festungen Königsberg i. Pr. und Königsberg in Sachsen hätten infolge der Gebietsveränderungen erhöhte Bedeutung erhalten. Die in diesen Festungen befindlichen Geschütze sind den Verbündeten übergeben und die Gründe für die Art der Befestigung ausführlich dargelegt worden. Die Meinungsverschiedenheiten über die Heeresstärke sind zum Teil darauf zurückzuführen, daß gewisse Formationen, die keine militärischen Formationen mehr sind, vom Verband mit eingerechnet werden, so vor allem die Abwehrstellungen. Die Heeresstärke beträgt etwa 11.500 Offiziere und etwa 220.000 Mann. Wenn die Herabsetzung auf 200.000 Mann bis zum 10. April nicht durchgeführt wurde, so hängt das mit den inneren Anrufen zusammen. Bis zum 15. Mai wird sich die vorgeschriebene Herabsetzung vollziehen.

Düsseldorf, 3. Mai. Die städtischen Arbeiter Düsseldorf haben der Stadtverwaltung in einem Ultimatum neue Lohnforderungen eingereicht, deren Bewilligung sie innerhalb 24 Stunden verlangen, widrigenfalls mit dem Generalstreik gedroht wird. Die Forderungen würden für die Stadt eine Mehrbelastung von 28 Millionen Mark bedeuten und das Jahreseinkommen für einen städtischen Handarbeiter auf 17.500 Mark, für einen Straßenbahnkassierer auf 20.500 Mark erhöhen.

Düsseldorf, 3. Mai. Im Hinblick auf die ersten Zustände im Bezirk Düsseldorf haben sich die Verbände in der Stadt dringlich an die militärischen Behörden in Münster und an die Regierung gewandt, um die Besetzung Düsseldorf mit Reichswehr unverzüglich durchzuführen.

Frankfurt a. M., 3. Mai. Der Besuch der Zweiten Frankfurter Messe war schon am ersten Tage außerordentlich stark. Ein großer Teil der Einkäufer ist bereits in Frankfurt eingetroffen. Für die nächsten Tage ist eine weitere große Besucherschar gemeldet. Schon am ersten Tage wurden bei verschiedenen Firmen beträchtliche Abschlüsse getätigt. Aus dem Ausland sind sowohl vom Osten wie vom Westen zahlreiche Besucher in Frankfurt anwesend. Vom 4. bis zum 7. Mai werden Auslandsabende veranstaltet. In den Theatern finden Festaufführungen statt. Der Polizeipräsident hat für die Dauer der Zweiten Frankfurter Internationalen Messe vom 2. bis 11. Mai die Polizeistunde auf 1 Uhr nachts festgesetzt.

Wie der Allgemeine Verband der deutschen Bankbeamten mitteilt, hat die Angestellten-Gesellschaft der Deutschen Bank, der Diskontogesellschaft, der Dresdner Bank, der Darmstädter Bank, der Commerzbank und der Reichsbank sich bei den in der letzten Aprilwoche vollzogenen Betriebsratswahlen mit erdrückender Mehrheit für die Listen des Gewerkschaftlichen allgemeinen Verbandes der deutschen Beamten entschieden. Auf den Verband entfielen bei der Wahl der Angestellten-Gruppen 10.557 Stimmen (66 Sitze), während der Deutsche Bankbeamtenverein es nur auf 3255 Stimmen (14 Sitze) gebracht hat. Die Wahlen an der Mitteldeutschen Kreditbank und der Nationalbank für Deutschland werden später vorgenommen.

Ungarn und Deutschland.

Budapest, 2. Mai. In der ungarischen Volksvertretung betonte der neue Minister des Auswärtigen Graf Teleki die Notwendigkeit der Neuorientierung Ungarns, das sich den Verhältnissen anpassen müsse. Da es im Leben der Nationen keine feindliche Freundschaft gebe, müßten durch Schaffung von Werten eigensüchtige Freunde erworben werden. Bei den Westmächten beginne die Ueberzeugung durchzuwuchern, daß die osteuropäische Frage ohne ein starkes Ungarn nicht zu lösen sei. In den an Ungarn grenzenden Staaten sei dieses Verständnis leider noch nicht vorhanden, und die Verfolgung der Madjaren in den besetzten Gebieten lasse noch immer nicht nach. Der Friedensvertrag könne nur in der Ueberzeugung unterzeichnet werden, daß er nicht endgültig sei. Seine Bestimmungen seien völlig unhaltbar. Man wolle Ungarn Grenzen zuweisen, die nicht verteidigt werden könnten. Graf Teleki fand dann scharfe

Worte gegen den Abgeordneten Sandor, der jüngst in der Nationalversammlung heftige Angriffe gegen Deutschland richtete wegen des Verhaltens der deutschen Soldaten in Siebenbürgen zur Zeit der Offensive gegen Rumänien. Er sagte u. a.: „Deutschland war uns ein treuer Verbündeter. Manchmal gab es wohl Meinungsverschiedenheiten, wie denn in der Kriegsgeschichte jeder Staat Differenzen mit seinen Verbündeten hatte. Allein im Endergebnis kämpften wir lange Jahre hindurch tapfer und treu nebeneinander.“ Der Minister schloß, die innere Festigung des Landes lasse die Hoffnung zu, daß man in Zukunft mit Ungarn als einen ersten Faktor rechnen werde.

Die Entschädigungsfrage.

Rom, 3. Mai. Die auf der Konferenz von San Remo besprochene Frage der Entschädigungszahlung Deutschlands hat nicht endgültig gelöst werden können, weil die zu treffende Entschädigungssumme von den Alliierten nicht festgesetzt ist. Die Zusammenkunft in Spa mit dem deutschen Reichskanzler, worüber die Entente keine Berichte erhalten hat, wird als „Mischkonzert“ bezeichnet, das der Reichskanzler dort allein als „Angeklagter“ erscheinen muß, dient ausschließlich dem Zweck, über die Höhe der Entschädigungssumme zu beraten und die von der Entente selbst beschafften Unterlagen bezüglich der Zahlungsfähigkeiten Deutschlands gegenseitig zu prüfen. In der alliierten Presse werden Summen genannt von 50 Milliarden in Gold. Diplomaten, die mit der Konferenz gute Nahrung unterhielten, berichten, daß Frankreich allein 60 Milliarden und Belgien 20 Milliarden gefordert hätten, daß jedoch die Forderungen stark herabgesetzt wurden, nachdem Lloyd Georges Erklärung über Deutschlands Zahlungsfähigkeit die Gemüter etwas abgekühlt hatte. Die Vertreter Frankreichs hatten auch einen Vorschlag gemacht, um die Höhe der Entschädigung vorläufig noch nicht festzusetzen zu lassen und dafür von Deutschland jährlich 3 Milliarden Mark in Gold zu fordern. Ritti machte aber darauf aufmerksam, daß es für Deutschland unmöglich sei, Anleihen in der Welt zu erhalten, wenn die Gläubiger nicht wüßten, wie hoch das Vermögen des Schuldners besetzt sei; dieser Unsicherheit werde Frankreich dann selbst zum Opfer fallen, weil die Neutralen auch Frankreich folgende keine Kredite gewähren würden, bis feststände, was es von Deutschland bestimmt zu fordern habe. Ritti, der mit äußerst sachlichen Gründen die französische Auffassung des Abwärtens widerlegte, hatte die Erwartung, daß Millerand ihm beistimmen würde und beantragte, über die Festsetzung der Entschädigungssumme auf der nächsten Zusammenkunft Vorschläge zu unterbreiten. Die in der Presse auftauchenden Meldungen über die Angabe der Entschädigung entsprechen also nicht irgendwelchen Beschlüssen, da die Frage erst während oder nach der Zusammenkunft mit dem deutschen Reichskanzler zur Lösung kommt. Es liegen jedoch sichere Anzeichen vor, daß England alles versuchen wird, und darin von Italien unterstützt wird, um die Höhe der Entschädigungssumme mit Deutschlands wirklichen Leistungen in Einklang zu bringen. Nach solchen die jährlichen Zahlungen entsprechend der zunehmenden Leistungsfähigkeit Deutschlands festgelegt werden.

Friede mit Griechenland und Portugal.

Berlin, 3. Mai. (Amtlich.) Nach einer in diesen Tagen eingegangenen Mitteilung der französischen Regierung haben nunmehr auch Griechenland und Portugal den Friedensvertrag von Versailles ratifiziert. Die Ratifikationsurkunde Griechenlands ist am 30. März 1920, die Ratifikationsurkunde Portugals am 8. April 1920 in Paris niedergelegt worden. Der Friedensvertrag ist damit gemäß seinen Beschlußbestimmungen sowohl im Verhältnis zwischen Deutschland und Portugal in Kraft getreten. Abgesehen von Griechenland und Portugal ist der Friedensvertrag bekanntlich bisher im Verhältnis zwischen Deutschland einerseits und dem Britischen Reich, Frankreich, Italien, Japan, Belgien, Bolivien, Brasilien, Guatemala, Peru, Polen, Siam, der Tschecho-Slowakei, Uruguay, Kuba und dem Serbisch-Kroatisch-Slowenischen Staat andererseits in Kraft getreten.

Die türkische Frage.

Paris, 30. April. (Havas.) Die Kommission für auswärtige Angelegenheiten trat heute unter dem Vorsitz Louis Barthous zusammen, der über seine Verhandlungen mit dem Ministerpräsidenten berichtete. Aus diesen Verhandlungen geht hervor, daß 1. der Ministerpräsident nichts dagegen einzuwenden hat, wenn die Alliierten sich auf Grund des schon seit dem Waffenstillstand abgeschlossenen Abkommens über die Regelung der kleinasiatischen Fragen verständigen; 2. daß der Präsident der Kommission für auswärtige Angelegenheiten und dem Parlament die Richtlinien seiner Politik im Orient angedeutet hat, und daß es übrigens bei den Verhandlungen durch die Ratifikate der Kommission sehr unterstützt wurde. Zudem könne er der Kommission den in San Remo vorbereiteten Vertrag nicht unterbreiten, da die Unterzeichner beschließen hätten, sich die Bedingungen für die türkischen Delegierten vorbehalten. — Die Kommission nahm den Bericht des ehemaligen Abgeordneten in der heilenischen Kammer, Camara,

entgegen, dem die anwesenden Mitglieder einstimmig die Gefühle der warmsten Zuneigung Frankreichs zu Griechenland ausdrückten. Die Kommission beschloß, am 17. Mai wieder zusammenzutreten.

Frankreich.

Der Eisenbahnerstreik.

Der für den 1. Mai angekündigte Eisenbahnerstreik in Frankreich hat, den französischen Blättern zufolge, nicht den beabsichtigten Umfang angenommen. Mit Hilfe von Arbeitswilligen und Freiwilligen gelang es bisher, den Verkehr aufrechtzuerhalten. Auf den großen Linien verkehren die Züge fast planmäßig. Nach dem Echo de Paris vom 3. d. M. streiken in Paris 13 000 von 45 000 Eisenbahnern.

Wie das Blatt in derselben Ausgabe mitteilt, hat der Verwaltungsausschuß der Confederation Generale du Travail an die Bergarbeiter, Seelen und Lohnarbeiter die Aufforderung gerichtet, zur Unterstützung der Eisenbahner von Montag, den 3. Mai an, ebenfalls in den Streik zu treten.

Gavass meldet unter dem 3. Mai aus Le Havre: Gemäß den Anweisungen der Confederation Generale du Travail haben die Eingeschriebenen der Handelsmarine gestern die Arbeit nicht wieder aufgenommen. Alle Feuer auf den Schiffen wurden gelöscht. Der Uebersiedelungsschiff France wird nicht abreisen. Auch die Hafenarbeiter werden in den Ausstand treten.

Paris, 3. Mai. Der Allgemeine Arbeiterverband (C. G. T.) erläßt eine programmatische Erklärung, die unter anderem die Errichtung eines internationalen Konföderations zur Verteilung von Rohmaterialien, eine internationale, unter Kontrolle des Völkerbundes stehende Handelsflotte, die Regulierung der Frachtpreise und die gleichmäßige Ernährung aller Länder fordert. Ferner verlangt er eine internationale Verteilung der Kriegskosten, Beendigung der kolonialen Expeditionen sowie eine andere internationale Politik.

Deutsch-lettische Verhandlungen.

Berlin, 30. April. Das WZ. meldet: „In den rechtsstehenden Blättern wird die Nachricht verbreitet, daß Deutschland gegenüber Lettland zu einem Diktatfrieden verstanden habe. Diese Nachricht ist völlig aus der Luft gegriffen. Die Verhandlungen mit Lettland werden für eine Wiederherstellung normaler Beziehungen durchaus im Geiste der gegenseitigen Verständigung geführt. Es sind dabei auch die Forderungen Lettlands auf Ersatz der durch die Golztruppen angerichteten Schäden Gegenstand der Besprechungen. Ein Abschluß der Verhandlungen ist für die nächste Zeit noch nicht zu erwarten. Es handelt sich vielmehr nur um unverbindliche Besprechungen der beiderseitigen Beauftragten.“

Ein Schutzbund verfassungstreuer Staatsangehöriger in Essen.

D Essen, 2. Mai. Unter dem Eindruck der Ereignisse in der Karwoche und den Osterfesten traten gestern Beauftragte fast aller Kreise der Bevölkerung zusammen und bildeten einen wirtschaftlichen Schutzbund verfassungstreuer Staatsangehöriger zum Schutze gegen jeden Versuch des Verfassungsbruches und gewalttätiger Störung des öffentlichen, insbesondere des wirtschaftlichen Lebens in Essen. Sollte die Verfassung ernsthaft in Gefahr geraten wird er beim Uebergreifen der Vorgänge für das Ruhrkohlengebiet sofort zur Arbeitniederlegung auffordern.

Dr. Bells Abschied.

Berlin, 3. Mai. Der Reichsverkehrsminister Dr. Bell, der die Übernahme eines anderen Reichsamts abgelehnt hat und nunmehr nach Erfüllung der ihm zugefallenen Aufgaben aus der Reichsregierung ausscheidet, verabschiedete sich von den Beamten und Angestellten des Reichsverkehrsministeriums. In seiner Abschiedsansprache gedenkte er der Bedeutung der erzielten Vereinigung für das deutsche Volks- und Wirtschaftsleben. Namens der Beamten und Angestellten dankte Ministerialdirektor Eberbach Dr. Bell vor allem dafür, daß er das Reichsministerium mit frischem sozialen Geist erfüllt habe und es dadurch zur Durchführung der Vereinheitlichung des Verkehrswesens besonders befähigt.

Hindenburg für einen Landfrieden.

Generalfeldmarschall von Hindenburg schreibt in der neuen dem Wiederaufbau gewidmeten Zeitschrift „Der Landfriede“: „Dem Frieden im Lande zu dienen, für ihn zu schaffen, für ihn mit allen Mitteln der Geistes zu arbeiten, erachte ich als eine der ersten und vornehmsten Aufgaben jedes Deutschen. Denn so lange unser ohnmächtiges Volk sich im Kampf der Parteien, Gruppen und Stände zerstreut, wird es den Grundstein zum Wiederaufbau nicht festlegen können. Aus dem Innern heraus muß es dieser Erkenntnis entgegen reifen, damit jeder Einzelne durch die Kraft seiner Überzeugung für Ordnung, Recht und Sitte in seiner Familie und seiner Heimat wirkt. Der Ursprung unserer Wiedergeburt liegt in der Familie. Im Wandel der Jahreszeiten hat uns diese Quellkraft noch immer wieder nach oben gebracht. Vornehmlich wie sie auch in dieser dunklen Zeit entdecks und erschließen.“

Deutschlands „geheime Armee“.

Unter der Ueberschrift „Deutschlands geheime Armee“ 500 000 Mann bereit ins Feld zu ziehen“, läßt sich die „Times“ von einem Sonderberichterstatter aus Frankfurt eine Darstellung melden, nach der der Aufbruch erwacht werden soll, daß Deutschland keineswegs ernstlich abwärts. Die Sicherheitswehr und die Zeitfreiwilligen werden darin als Reformerformationen der Reichswehr dargestellt. Von einer Kopfstärke der Reichswehr von 300 000 Mann am 25. Januar seien 100 000 Mann an die Sicherheitspolizei und die Einwohnerwehren überwiesen worden, so daß man nur von einer beschleunigten Herabsetzung der Kampfstärke des deutschen Heeres reden könne. Wenn behauptet werde, daß die Reichswehr ausschließlich dem Reichsministerium unterstehe, so müge das formaljuristisch zutreffen. In Wirklichkeit würden Reichswehr, Sicherheitswehr, Einwohnerwehren und die Technische Reichswehr von dem angeblich aufgelösten, aber tatsächlich fortbestehenden „Großen Generalstab“ des alten kaiserlichen Heeres nach einheitlichem Gesichtspunkte geleitet. — Die „Woz.“ bemerkt dazu: „Die Absicht, eine möglicherweise zustande kommende deutsch-französische

Beistandigung über Truppenstärke und Tempo der Aufrüstung der Reichswehr zu hinterziehen, spricht aus jeder Besetzung dieser geschickt aufgemachten Verdächtigung der deutschen Politik.“

Die Entwaffnung Deutschlands.

Amsterdam, 2. Mai. Reuter zufolge sagte Lloyd George in seiner Rede noch:

„Die Alliierten müssen sich unbedingt Klarheit über die Lage in Deutschland verschaffen. Sie müssen dafür sorgen, daß Geschütze und Flugzeuge entzogen, dem Friedensvertrag ausgeliefert werden. Wir können nicht zulassen, daß diese furchtbaren Waffen in Deutschland liegen bleiben. Mit den Gewehren ist die Sache schwieriger, aber sie sind nicht so gefährlich wie die Waffen der Invasion. Bei den Ausführungen über die Verteilung der Mandate im Orient erwähnte Lloyd George noch, daß Mesopotamien einschließlich Mosul England zugewiesen sei und daß mit Frankreich ein Abkommen über die Verteilung des in Mosul gewonnenen Öles abgeschlossen worden sei.“

Eine scharfe Kritik an Poincaré.

NBB Haag, 2. Mai. Handelsblad kritisiert Poincarés Artikel im Matin über die hinterhältige Politik der deutschen Regierung in Sachen der Befriedung des Ruhrgebietes als ein starkes Stück. Es sei ziemlich unverständlich, so etwas nach allem zu schreiben, was über die Lage im westdeutschen Industriegebiet bekannt geworden sei. Tieftraurig sei es, daß ein Mann wie Poincaré, der von Deutschland so wenig wisse und die Lage so wenig überblicke, als Präsident der Reparationskommission über das Wohl und Wehe Deutschlands und des deutschen Volkes zum großen Teil zu entscheiden habe.

Aus dem besetzten Gebiet.

Sollbefreiung der Besatzungsangehörigen.

Coblenz, 2. Mai. Die Interalliierte Rheinlandkommission hat in Ausführung des Artikels 9 des Rheinlandsabkommens betreffend die Sollbefreiung der Mitglieder der Rheinlandkommission und der Angehörigen der Besatzungsarmeen eine Verordnung erlassen, die am 1. Mai 1920 in Kraft getreten ist. Die Verordnung geht davon aus, daß die für die bevorrechtigten Personen und Einrichtungen bestimmten Sendungen von den deutschen Zollbehörden auf Grund von Bescheinigungen der hierfür bestimmten alliierten Dienststellen freigegeben werden. Die Vergünstigung setzt voraus, daß die eingeführten Waren lediglich zum eigenen Verbrauch und Gebrauch der Kommission oder Besatzungsangehörigen bestimmt sind. Besondere Bestimmungen sind für die Behandlung des Handgepäcks und aufgegebenen Reisegepäcks vorgesehen. Unter bestimmten Voraussetzungen ist hier die Nachschau zugelassen. Deutsche Staatsangehörige sind in jedem Falle von der Vergünstigung der Abgabenfreiheit ausgeschlossen. Mißbräuchliche Inanspruchnahme der Abgabenfreiheit oder der Versuch hierzu ist unter Strafe gestellt.

Coblenz, 4. Mai. Nach Mitteilung des Reichskommissars für die besetzten rheinischen Gebiete hat die Interalliierte Rheinlandkommission auf Antrag des Oberbefehlshabers der alliierten Besatzungsarmeen beschlossen, vom 2. Mai an den am 6. April auf Grund ihrer Ermächtigung im Gebiet des Brückenkopfes Mainz verhängten Belagerungszustand aufzuheben.

Frankfurt, 4. Mai. Für das gesamte neu besetzte Gebiet des Rheinganes ist von jetzt an kein französisches Passivum mehr nötig. Es genügt, wie im übrigen besetzten Gebiet, ein gültiger deutscher Reisepaß. Für Frankfurt ist von dem französischen Stadtkommandanten die Straßensperren vollständig aufgehoben worden.

Berlin, 4. Mai. In dem bisher besetzten Rheingand und Saargebiet wurden nach hierher gelangten Meldungen an farbigen Truppen sicher festgestellt neun algerische, zwei marokkanische, zwei singalesische und ein madagassisches Regiment. Wahrscheinlich befinden sich außerdem fünf marokkanische oder algerische Schützenregimenter in den besetzten Gebieten. Im neu besetzten Gebiet Malngau waren fünf marokkanische Regimenter zu etwa je zweitausend Mann vorgeschoben.

Politische Rundschau.

Der Papst empfing mit den üblichen Zeremonien den ehemaligen Preussischen Gesandten beim Vatikan, der ihm sein Beglaubigungsschreiben als deutscher Gesandter überreichte. Der Gesandte wurde alsdann von dem Kardinal Gasparri empfangen.

Nach einer Washingtoner Meldung nahm der Senat das amerikanische Marinbudget in Höhe von 65 Millionen Dollars an.

Die tschecho-slowakische Republik hat der Dresdener Regierung mitgeteilt, daß sie Holz ausliefern.

Am 30. April hat sich das Personal der deutschen diplomatischen Mission nach Tokio eingeschifft. Der Geschäftsträger Dr. Solf wird später nachfolgen.

Es wird berichtet, daß 6000 Volksgewissen in Merkschan eingekerkert sind und gegen Batum vordringen. In Sachen wird, wie verlautet, eine parteifreie Liste für die Reichstagswahlen aufgestellt werden, an deren Spitze der aus seiner antibolschewistischen Propagandainitiative bekannte Dr. Stadler steht. Nach ihm werden je ein Vertreter der Landwirtschaft, der Industrie, des Handels und der Arbeiterchaft aufgestellt werden. Geldmittel aus Industrieerträgen sollen für diese Liste zur Verfügung gestellt sein.

Berlin, 4. Mai. Der Reichswirtschaftsrat wird bereits im Juni zu seiner ersten Tagung zusammenkommen.

München, 3. Mai. Nach einer Meldung des Tiroler Grenzboten ist der ehemalige König Ludwig von Bayern im Automobil über Kufstein auf Schloß Wildenwirth unweit des Chiemsees eingetroffen, wo er von nun an ständig wohnen wird.

Kiel, 3. Mai. Konteradmiral von Seebow, in Schutzhaft genommen worden und befindet sich auf dem Wege nach Leipzig, wo er sich vor dem Reichsgericht zu verantworten haben wird.

Paris, 1. Mai. Die nächste Sitzung des Völkerbundes findet am 14. Mai in Rom statt. In ihr soll die Gründungsdeklaration des Völkerbundes veröffentlicht werden. Die Sitzung wird unter dem Vorsitz Tittons stattfinden. Voraussichtlich wird Frankreich durch Bourgeois, Belgien durch Deffere und England durch Paßant vertreten sein.

Paris, 3. Mai. Der Berichterstatter der Kommission für den Friedensvertrag von St. Germain, der Abg. Margaine, wird sich demnächst nach Wien begeben, um sich dort über die Verhältnisse in Deutsch-Oesterreich zu unterrichten.

Wien, 3. Mai. Zur Fortsetzung der Verhandlungen über die Durchführung des Friedensvertrages von Saint-Germain begaben sich am 3. Mai zwei Kommissionen zu Verhandlungen nach Prag.

Kopenhagen, 2. Mai. Wie die Brahma meldet, stellte die russische Sowjetregierung an Polen folgende Friedensbedingungen: Die Polen räumen die von ihnen besetzten litauischen, russischen und ukrainischen Gebiete, worauf ihre Zukunft durch Volksabstimmung entschieden werden soll. Bei dieser dürfen nur Personen stimmen, die in diesen Gebieten geboren sind. Rußland behält sich das Recht einer freien Verbindung mit Deutschland über Polen vor.

Die irisch-nationalen Mitglieder des Parlaments haben sich in einem Manifest gegen das von der Regierung eingebrachte Homersule-Gesetz erklärt und mitgeteilt, daß sie an den Debatten nicht mehr teilnehmen werden.

Die Besoldung der Studienassessoren.

Vom Verband der hess.-nass. Studienassessoren wird uns geschrieben:

Die Deffentlichkeit ist über die Notlage der Studienassessoren leider noch immer nicht im Bild. Diese Akademiker, die zum großen Teil verheiratet sind, eine 5-6 jährige Studienzzeit auf der Universität hinter sich und einen unbestimmten langen, durchschnittlich 12-13 jährigen Wartezettel vor sich haben, beziehen ein Einkommen, das sich mit dem des einfachsten Arbeiters nicht vergleichen kann. Ein beträchtlicher Teil von ihnen ist völlig unbefähigt und unbezahlt und schlägt sich, um Frau und Kinder zu ernähren, mit Privatstunden oder ähnlichem Nebenverdienst durch. Daß diese Zustände jede Berufsbefähigung, die gerade bei dem Erzieher der Jugend die notwendige Voraussetzung geistlicher Arbeit bildet, erlöschen müssen, liegt auf der Hand. Man hätte erwarten sollen, daß die Besoldungsreform den Studienassessoren endlich ihr Recht zuteil werden ließe. Das ist leider nicht der Fall. Die Besoldungsvorlage reißt diese Beamten zwar in die 10. Gehaltsgruppe ein, aber sie gewährt ihnen nur gewisse Prozentanteile der Bezüge dieser Gruppe. Durch diese Prozentanteile werden die Studienassessoren mit den Beamten der 3. und 4. Gehaltsgruppen auf eine Stufe gestellt. Die Arbeit der Boten- und Bademeister, der Lokomotivheizer und Wendenarien in Essen! Die Studienassessoren werden jedoch als akademische Beamte verlangen dürfen, daß sie ein ihrer Ausbildung, Dienststellung und Verantwortung entsprechendes höheres Einkommen erhalten als jene, nicht so vorgebildeten unteren Beamtenkategorien. Sie weisen jede Prozentantierung des Grundgehalts, die dem demokratischen Prinzip, daß gleiche Leistung und Verantwortung gleiches Einkommen zu entsprechen habe, widerspricht, grundsätzlich zurück. Zum mindesten verlangen sie, daß Ortszuschlag und Teuerungszulagen nicht prozentantiert werden; denn diese Teile des Einkommens müssen gleichmäßig auf Grund der Teuerungsverhältnisse angehebt werden. Oder glaubt man, daß die Studienassessoren den der Not der Zeitweniger betrachten werden als andere Beamtenkategorien? Die Besoldungsvorlage gewährt den Anwärtern des Volksschuldienstes bei voller Beschäftigung das Gehalt der festangestellten Lehrer, bezw. 99 Proz., wobei das eine Prozent die noch nicht erzielte planmäßige Anstellung im übrigen aber der hohe Prozentsatz die gleiche Bewertung ihrer Dienstleistung mit der der festangestellten deutlich zum Ausdruck bringt. Aus welchem Grunde die Anwärter für den höheren Schuldienst, deren Lebensalter erheblich höher und deren Vorbildung erheblich kostspieliger ist, anders behandelt werden, ist nicht verständlich.

Handelsnachrichten.

Ein bedeutender Preissturz ist am Wiener Warenmarkt eingetreten. Holländische Waren sind um 30 Prozent im Preise gefallen. Meldungen aus Rotterdam lassen ein weiteres Fallen der Preise erwarten.

Deutsche Roh Eisenerzeugung. Wie dem Jahresbericht der Suder'schen Eisenerwerke zu entnehmen ist, erreichte beim Roh Eisenerverband im Jahre 1919 die Roh eisenerzeugung infolge der Knappheit an Koks, Erzen usw. nur noch 45,16 Prozent der rechnungsmäßigen Veteiligung der Werke.

Wirtschaftsfragen. Das englische Auswärtige Amt hat dem deutschen Geschäftsträger eine Note zugewiesen, wonach die alliierten Regierungen beschließen haben, daß die Erlaubnis, welche der deutschen Regierung gewährt worden ist, die Zahlung der Entschädigung in Gold zu verlangen, verlängert wird, daß jedoch die einzelnen alliierten Regierungen sich das Recht vorbehalten, die Frage zu irgendeiner Zeit wieder aufzurollen. — Wie wir hören, hat die Reichsregierung in Berlin angeordnet, anläßlich der demnächstigen Besprechungen über Ein- und Ausfuhrverbote eine allgemeine Aussprache über die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen zwischen hervorragenden beiderseitigen Sachverständigen anzustellen. Der Londoner Ministerpräsident ist bereits auf diesen Vorschlag eingegangen, indem er betont, daß er auf die Wiederaufnahme der Wirtschaftsbeziehungen großen Wert legt. Der Zeitpunkt der Besprechungen soll festgelegt und ebenso sollen die Sachverständigen in Bälde bestimmt werden.

Vermischte Nachrichten.

Ein Mittel zur Entlastung des Telegraphen. Zur Entlastung des Telegraphen empfiehlt der Handelsminister seinem Bereich, auf Veranlassung des Reichs-

postministers den Gebrauch von Telegrammschlüsseln. Die vorhandenen Betriebsmittel sind überlastet, während die Betriebsmittel nur langsam erweitert oder ergänzt werden können. Eine ausgiebige Beschleunigung in der Beförderung der Telegramme ermöglchen. Die Handelsvertretungen sind deshalb ersucht worden, auf die Handels- und Gewerbetreibenden in diesem Sinne einzulassen. Dasselbe gilt für die Anstalten, Fortbildungsschulen, Fachschulen und Handelshochschulen. Für die Kenntnisse und Fertigkeiten dafür sollen sie mehr als bisher sorgen.

Aus Provinz und Nachbargebieten.

!!: Oberlahnkreis, 7. Mai. Auszeichnung. Den Herren Polizei-Oberwachmeister Hofmann, und Polizei-Wachmeister Eder, wurde das Verdienstkreuz für Kriegsdienst verliehen.

!!: Altdorf, 4. Mai. Einen Unterhaltungsabend im Saale „Zur Erholung“ veranstaltete am kommenden Sonntag der Gesangsverein Sängerkreis. Der Verein ist bestrebt, den Besuchern einige genussreiche Stunden zu verschaffen. (Siehe auch Anzeige.)

!!: Bad Homburg v. d. H., 4. Mai. Die A. S. P. von Homburg hat in ihrer nunmehr dreijährigen Tätigkeit durch Mithilfe und unentgeltliche Mithilfe des Kurdirektors Friedrichs den Kurbetrieb Homburgs in eine derart schwere Krise hineingetrieben, wie sie ein Badort bisher wohl selten durchlebt hat. Um die zahllosen von der Kur abhängigen Existenzen und damit auch die Stadt vor dem wirtschaftlichen Ruin zu schützen, hat sich aus der Mitte der Bürgerchaft ein Hilfsausschuss zur Sanierung der verfahrenen Verhältnisse gebildet. In einer Bürgerversammlung wurden sofort 275.000 Mark als erste Hilfeleistung genehmigt. Jedoch sind zur notwendigen Fortführung des Kurbetriebes mindestens 600.000 Mark erforderlich.

!!: Friedberg, 20. April. Der Bürgermeister des Kreises Friedberg stellte fest, daß die Weidwörter des Kommunalverbandes erschöpft sind und daß mehrere Wochen begeben, die das in den holländischen Häfen lagernde Getreide von der Reichsgetreidestelle den Verbänden zur Verfügung gestellt werden kann. Zur Befreiung aus dieser Notlage sollen die Landwirte freiwillig 5 Kilogramm Brotgetreide pro Kopf der Selbstversorger von den Mengen abliefern, die ihnen noch bis zum Ende des Wirtschaftsjahres zusteht. Das Getreide muß innerhalb dreier Tage zur Ablieferung gebracht sein.

!!: Nied a. M., 30. April. Die 15jährige Tochter Elise des Schlossers Gerhard Schall, Wilhelmstr. 11 auf dem Wege von Höchst nach hier spurlos verschwunden.

Aus dem Unterlahnkreis.

!!: Bernhof, 4. Mai. Der 1. Sonntag im schönen Mai brachte unserem beliebten Luftkurort zahlreiche Fremde. Die teilweise in ganzen Gesellschaften hier eine Tagesstunde durch das Sommerland oder einen Nachmittagsausflug in unsere schöne Umgebung beschlossen. Auch sonst stellen sich schon langsam die alten Gäste im liebgewordenen Sommeraustanz ein, und neue werden sich an unsere noch jungen Fremdenindustrie dürfte sehr auch in dieser Saison guten Umsatz haben.

!!: Holzappel, 4. Mai 1920. Auch hier feierte die Sozialdemokr. Partei am Maifeiertag unter außergewöhnlich starker Beteiligung der Nachbarortgruppen. Die mittags veranstaltete Festversammlung, bei der Heinz, Heßler, Diez die Festrede hielt, sah über 1500 Parteiangehörige versammelt. Auf dem anschließenden Festzug waren drei Musikkapellen beteiligt, wobei Holzappel eine Kundgebung hielt, die einzig in ihrer Art war.

Aus Ems und Umgegend.

Ein Kalenderkuriosum. Seit dem 1. März stimmt der Kalender der J. S. mit dem des Jahres 1915 vollständig überein. Nicht nur, daß alle Wochentage auf dasselbe Monatsdatum fallen, auch die Feste, Ökern, Stimmelfahrt, Pfingsten usw. haben das gleiche Datum wie die entsprechenden Feste des Jahres 1915.

Neue Freimarkenhefte. Nach Aufbrauch der bisherigen Freimarkenhefte von 3 Mark werden von den Postanstalten neue Hefchen ausgegeben werden. Diese enthalten zehn Freimarken zu 20 Pfg., acht zu 15 Pfg., vier zu 10 Pfg., und acht zu 5 Pfg. Der Verkaufspreis beträgt 4 M.

Handball. Am Sonntag fanden in Rastau die letzten Entscheidungsspiele zur Gaumeisterschaft statt. Die gesammelten Ergebnisse sind folgende: A-Klasse Altdorf-Bad Ems 70:60, Rastau-Daunenau 60:48, Altdorf-Weinähr 48:28, Bad Ems-Rastau 62:51, Daunenau-Weinähr 47:35, Diez-Daunenau 64:50, Diez-Rastau 77:60, Diez-Altdorf 74:63, Altdorf-Passau 81:64, Daunenau-Altdorf 55:53, Bad Ems-Daunenau 89:78, B. Klasse: Bad Ems-Rastau 78:57, Bad Ems-Daunenau 69:51, Diez-Rastau 54:35, Altdorf-Passau 38:32. Da gestern der Diezer Turnverein nicht erschienen war, hat nunmehr Turnverein Bad Ems in beiden Klassen die Bezirksmeisterschaft errungen und wird an den Gaumeisterschaftsspielen in Weiburg am 30. Mai mitspielen.

e Personale. Der Schneider Ernst Mäurer hier, Fleischerstraße 35, hat vor der zuständigen Prüfungskommission in Altdorf seine Meisterprüfung mit der Note „Sehr gut“ bestanden.

Der Stenographenverein Stolze-Schren machte am letzten Sonntag bei herrlicher Witterung durch den Zollgrund einen Ausflug nach der Markburg bei Braunbach. Nach kurzer Rast im Zollgrund wurde das Festzelt unter Kastanien und lustiger Wanderlieder erreicht. Nachdem man sich auf der Markburg erstarkt und gestärkt hatte, und die Burg besichtigt worden war, erfolgte der Abstieg nach Braunbach. Hier wurde nochmals eingeleitet und beim Glase Bier und allerlei Scherz feierte man ein gemütliches Beisammensein. Gegen 8 Uhr mußte man an den Heimweg denken und zu Fuß am Rheinstrom entlang mit frohem Gesang wurde Altdorf erreicht. Nach kurzem Aufenthalt wurde der Heimweg angetreten, wobei die Heimreise mit dem Zuge erfolgte. In der Lindenbach trennte man sich mit dem Bewußtsein, recht schöne Stunden verbracht zu haben.

Die Vereinigung Emser Hotels, Kurlogierhäuser und Pensionen E. S., die zurzeit über 60 Mitglieder zählt, hielt am vergangenen Montag eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Der zwischen einer Arbeitskommission des hiesigen Hotel-Kurlogierhauses und Pensionenverbandes einerseits und der Arbeitskommission der hiesigen Sektoren des Gastwirtschaftsverbands andererseits am 21. April d. J. getätigte Tarifvertrag wurde zur Kenntnis gebracht und angenommen. In einer darauffolgenden allgemeinen Aussprache über das Wohl und Wehe der Hotelindustrie im allgemeinen wurden wiederum die vielen Schwierigkeiten, die ihr von vielen, hauptsächlich aber von unbekannten Seiten fortwährend gemacht werden, erwähnt. Daß auch hier in Bad Ems der Hotelindustrie, die den Lebensnerv unserer Stadt bedeutet, neuerdings von gewissen unbekannten Seiten eine

Behinderung und Verhinderung ihrer Existenz droht, wurde als außerordentlich bedauerlich und gerade am hiesigen Orte als unverständlich empfunden. Angesichts der bestehenden bedrohlichen Lage der Bad Emser Hotelindustrie und des Kurlogiergewerbes sah sich die Versammlung daher genötigt, folgenden einstimmigen Beschluß zu fassen: „Für den Fall, daß auf eine Anzeige hin ein Mitglied der Vereinigung wegen Verhinderung von Besuchen der Lebensmittelversorgung zu Gefängnis verurteilt wird, werden sämtliche hiesige, der Vereinigung angeschlossene Hotels, Kurlogierhäuser und Pensionen ihre Küchenbetriebe schließen.“ Die Mitgliederversammlung war sich der Tragweite des vorstehenden Beschlusses vollumfänglich bewußt. Andererseits hielt sich die Vereinigung Emser Hotels usw. gegenüber der bedrohten wirtschaftlichen Existenz der hiesigen Hotel- und Kurlogiergewerbe unter den obwaltenden Verhältnissen veranlaßt, evtl. zur Selbsthilfe zu greifen.

Versammlung der Deutschenationalen Volkspartei. Die deutschnationale Volkspartei hatte gestern Abend zu einer Versammlung eingeladen, in welcher den einzelnen Parteien Gelegenheit gegeben werden sollte, zu den ehemaligen gemachten Ausführungen des Herrn Martell Stellung zu nehmen.

Herr Dr. Freisenius eröffnete mit kurzen Worten, in welchen er zur Ruhe und Sachlichkeit mahnte, die Versammlung, und erteilte Herrn Henke (Dem.) das Wort.

Herr Henke erhob gegen Herrn Martell den Vorwurf, daß er keine politische Rede gehalten habe und in keinerlei Weise die Stellungnahme der D. N. V. P. zu den politischen Fragen berührt habe. In kurzen Ausführungen wollte Herr Henke darauf die Frage der deutsch-völkischen Bewegung, des Einheitsstaates und der Völkervereinigung auf. Letzteres muß nach seinen Worten besser heißen Staatenvereinigung. Die deutsche Demokratie wolle eine deutsche und nicht internationale Demokratie. Den Austritt verschiedener führender Persönlichkeiten aus der D. N. V. P. streifend, kommt er auf den Austritt einiger Berliner Herren aus der D. V. P. zu sprechen. Er schließt seine Ausführungen mit dem Versprechen eines Telegramms der Parteileitung, welches vorerwähnten Austritt als großen Wahlschwindel bezeichnet.

Herr Martell, der darauf das Wort ergreift, stellt vorerst richtig, daß er die Worte: „Ich habe noch kein Redner mit überzeugenden Beweisen geschlagen“ nicht gebraucht, sondern gesagt habe, er sei noch nicht niedergeschlagen worden. Im folgenden befragt er, ob er wohl über die Politik seiner Partei gesprochen, indem er erklärt habe, daß sie strengstens auf dem Boden der Monarchie stehe. Im weiteren Verlaufe stellt der Ausführende fest, daß alle führenden demokratischen Blätter für die Völkervereinigung arbeiten und erklärt das Telegramm für eine Lüge. Auf den Austritt der verschiedenen Herren aus der D. N. V. P. eingehend, stellt er dem Vorredner die Frage, warum man denn die Herren nicht schon gelobt habe, a) sie mal auf dem Wahlsitz dieser Partei standen. Gleichzeitig widerlegt er die Äußerung über Zeitungsentente, indem er beweist, daß der ganze internationale Druck in anderen Händen ist. Um ein Zusammenarbeiten in einer Koalition zu ermöglichen, sei es unbedingt notwendig, daß eine gegenseitige Achtung vorhanden sei, welche jedoch leider fehle. Der Gedanke eines Einheitsstaates sei bei der verschiedenen Eigenart von Nord und Süd, von Ost und West nicht zu ermöglichen. Mit Wortführungen von Weibin (Dem.) aus der Zeit vor und nach der Revolution schließt der Referent seine Ausführungen.

In sachlicher Weise sprach dann Herr Zöllner (H. S. P.) über die Wirtschaft des Kapitals und zeigte, daß alles auf die endliche „Diktatur des Proletariats“ hinauslaufe. Mit kurzen Worten auf das Frauenwahlrecht eingehend, schloß er zum Schluß das Verhältnissen des Mittelstandes.

Herr Werner (Dem.), welcher darauf zum Wort kam, wies darauf hin, daß es nur die D. N. V. P. sei, der wir die heutigen Zustände zu verdanken haben. An Hand von Zahlen wies er den Verlust an Menschenkräften während des Krieges nach, um dadurch ein Bild von den Schwierigkeiten zu geben, vor welchen unsere Regierung steht.

Herr Dr. Weingarten betonte sein gutes Deutschsein, wies aber darauf hin, daß der Jude in allen Dingen eben Jude sei und auch bleibe bei einer Umtaufung. Nicht ein Fremdwort sei der Jude in Deutschland, sondern berechtigter Mitbürger.

Eingetret war der Rede von Herrn Dr. Meuser kurzer Sinn. Obwohl durch eine feierliche Veröffentlichung der deutschen Völkchen von dem Reichspräsidenten verkündet, kommen die Koalitionsparteien diesem Anfinnen nicht nach, im Gegensatz zu den Reichsparteien. Er tritt in seinen Schlussworten stark für eine geschlossene Bürgerpartei ein.

Nach seiner Rede droht es zu einem Tumult zu kommen, der jedoch dadurch, daß Herr Passino das Wort ergreift, verhindert wird. Im besonderen geht der Ausführende auf die Worte des Herrn Dr. Meuser ein und bittet seine Parteigenossen, sich seiner zusammenzuschließen im Kampfe für die Republik.

Herr Hein (Dem.) kommt nochmals auf das Telegramm zu sprechen und versichert seine Echtheit. Er kreist verschiedentlich die geleistete Arbeit der Demokraten in der Regierung, um zum Schluß zu zeigen, daß trotz der Arbeiter und kleinen Bauern, die mit auf der Wahlliste stehen, die tuns angehenden Persönlichkeiten die staatsrechtlichen Junker sind.

Herr Martell (D. N.) beweist an Hand von Zahlen die Angehörigkeit der Bauern zu den verschiedenen Bauernvereinigungen (Bund der Landwirte 80.000 Mitglieder). Im weiteren geht der Referent auf die Judenfrage ein und weist es von sich, kein Judenjäger zu sein. Am Schluß seiner Ausführungen zeigt der Redner, mit welchen Worten das „Berliner Tageblatt“ zu Beginn des Krieges ein Loblied auf die Mitbürger gesungen hat.

Herr Dr. Freisenius schloß darauf die teils sehr stürmisch verlaufene Versammlung.

Aus Rastau und Umgegend.

!!: Dienethal, 3. Mai. Zum Bürgermeister wurde hier einstimmig der Landmann und Maurer Wilhelm Born gewählt. Derselbe lehnte jedoch aus Gesundheitsrücksichten die Annahme des Amtes ab.

Aus Diez und Umgegend.

d Fußball. Das Spiel Bahn-Ost gegen Bahn-West auf dem Sportplatz Drantenstein nahm einen sehr schönen Verlauf und hielt die sehr zahlreichen Zuschauer während der ganzen Spieldauer in Spannung. Bahn-Ost war überlegen und siegte mit 4:1 Toren.

d Auszug. Der Gesangsverein Harmonie unternahm am Sonntag morgen einen Ausflug nach Eppendorf, Würgeshausen

und zurück, an dem sich zahlreiche Mitglieder beteiligten. Der Verlauf der Wanderung war ein äußerst schöner.

d Gartendiebstahl. Die Zeit ist da, wo die einträgliche Speisekarte durch das erste Gemüse, den Salat, verfeinert werden kann, und schon sind die Gartendiebstahl auf der Tagesordnung. Das vergangene Jahr war schon reich an ihnen und jetzt führen sie sich schon gut an. Die letzte Woche verlor auf diese Weise das Krankenhaus 40 Köpfe, ein anderer Gartenbesitzer 28, und Gärtner Sturm sogar 200 Köpfe Salat. Sofort erfolgte Nachforschungen nach den Dieben, hatten bis jetzt noch keinen Erfolg. Gelingt es die Diebe zu ermitteln, dann müßte eine gerechte Strafe, für weitere eine Warnung sein.

d Mai-Anfang. Der Monnemonat führte sich am Samstag mit dem herrlichsten Wetter ein. Es war wohl der schönste Frühlingstag unter den vielen, die uns dieses Jahr gebracht hat.

Der Maifeier der Soziald. Partei waren damit die besten Vorbedingungen geschaffen. Arbeitsruhe herrschte fast in allen Diezer Betrieben. Die Teilnahme an den getroffenen Veranstaltungen war daher auch eine gute, und Diez sah in seinen Mauern eine Kundgebung für die sozialistischen Ideen, wie man solche nur dem Namen nach aus größeren Städten kannte. Mittags 3 Uhr versammelten sich die Anhänger der Partei auf dem Marktplatz, wo Parteisekretär Witte, Wiesbaden, die Festrede hielt. Anschließend hieran belegte sich ein großer Zug, unter Vorantritt einer Musikkapelle durch die Stadt. Das rote Banner und die Farben schwarz-rot-gold bildeten die Spitze. Lebhaft unterbrochen große rote Schloer, mit entsprechenden Aufschriften, den Zug. Am Heidelberger Hof hielt derselbe sich auf. In dem herrlichen Garten dieser Restauration fand dann die allgemeine Feier statt, während man am Schloßbrunnen die Kinder mit Spielen beschäftigte. Nach allem war die Feier aufs Beste gelungen. — Der Sonntag brachte dann die Maifeier für alle die Nichtsozialisten, die bei dem schönen Wetter hinauswollten, sich Erholung zu verschaffen, das neue Werden in unserer herrlichen Umgebung zu bewundern. Lange Jahre hat wohl aber auch draußen zu Anfang die Natur nicht mehr in der Entwicklung gestanden, wie gerade in diesem Jahre. Weizen hat sich weiter vorwärts verschoben, so dürfte Wärme und Arbeit durch eine gute Ernte belohnt werden.

d Die Verkehrs- und Verschönerungsverein hielt gestern nachmittag im Lokal von W. Marheimer eine Versammlung ab. Der Besuch war nur sehr gering. Der Vorsitzende machte Mitteilung, daß das Weisberg-Tempelchen seitens der Stadt in Ordnung gebracht werden soll. Die Wege zum Weisberg sind teilweise auch in schlechtem Zustand, doch kann Abhilfe zurzeit nicht geschaffen werden. Der vom Verein zu unterhaltende Teil des Lahnhöhenweges bedarf einer Neuankündigung. Die Markierungskommission wird sich damit befassen. Auf Anfrage des Faunusklubs in Frankfurt, werden denselben Sommerfrischen in unserer Stadt besetzt, der Umgegend namhaft gemacht. Die Ruhebank haben im Park schon Aufstellung gefunden. Der Verein wird in absehbarer Zeit auch wieder Wanderungen in unserer schönen Umgebung unternehmen. Zu den Augenblick sollen sie wegen der bevorstehenden Wahl zum Reichstag und der damit verbundenen Finanzplanung zahlreiche Mitglieder, nach zurückgestellt werden. Nach derselben wird der Verein aber sein „Frisch auf zum fröhlichen Wandern“ erschallen lassen.

Ämtlicher Teil.

3129. Diez, den 3. Mai 1920.
An die Herren Bürgermeister der Landgemeinden des gesamten Unterlahnkreises.

Betrifft: Reichstagswahl 1920

Nach § 2 des inzwischen ergangenen Reichswahlgesetzes vom 27. April 1920 ist bei der Aufstellung der Reichstagswählerlisten noch folgendes zu beachten:

„Die Ausübung des Wahlrechts ruht für die Soldaten während der Dauer der Zugehörigkeit zur Wehrmacht.

Belohnt in der Ausübung ihres Wahlrechts sind Personen, die wegen Geisteskrankheit oder Geisteschwäche in einer Heil- oder Pflegeanstalt untergebracht sind, ferner Straf- und Untersuchungsgefangene, sowie Personen, die infolge gerichtlicher oder polizeilicher Anordnung in Verwahrung gehalten werden. Ausgenommen sind Personen, die sich aus politischen Gründen in Schutzhaft befinden.“

In den Soldaten gehören die Mannschaften, Unteroffiziere und Offiziere des Reichsheeres und der Reichsmarine.

Die Reichstagswählerlisten sind hierauf einer Nachprüfung zu unterziehen, insbesondere auch unter dem Gesichtspunkt, daß nur diejenigen wahlberechtigt sind, die am Wahltag, also, wie nunmehr feststeht, am 6. Juni 1920 das zwanzigste Lebensjahr vollendet haben.

Personen, deren Wahlrecht ruht, sind in die Listen nicht aufzunehmen. Das Gleiche gilt auch für Personen, die in der Ausübung des Wahlrechts behindert sind, es sei denn, daß anzunehmen ist, daß der Behinderungsgrund am Wahltag nicht mehr besteht.

Soweit hiernach etwa Streichungen in den Listen vorzunehmen sind, hat dies in der auf dem Titelblatt der Wählerliste vorgedruckten Weise zu geschehen.

Alsdann sind die Wählerlisten in der Zeit vom 9. bis zum 16. Mai d. J. zu jedermanns Einsicht auszuliegen. Ort und Zeit der Auslegung sind vorher in ortsüblicher Weise mit dem Hinzufügen öffentlich bekanntzugeben, daß es bis zum Ablauf der Auslegungsfrist, also bis zum 16. Mai d. J., jedermann frei steht, gegen die Richtigkeit oder Vollständigkeit der Wählerlisten bei dem Gemeindevorstand schriftlich oder zu Protokoll Einspruch zu erheben. Etwaige Einsprüche, die nicht gleich für begründet erachtet worden sind, sind mit sofort vorzulegen. Die Abschließung und Unterzeichnung der Wählerlisten hat 14 Tage nach Ablauf der Auslegungsfrist, also am 30. Mai d. J., zu erfolgen. Diesem Zweck dient der Bordinat „Geschlossen“ auf der letzten Seite des Titelblattes, der, sofern es sich um das Nebeneinander der Liste handelt, noch mit dem folgenden Zusatz zu versehen ist: „mit der amtlichen Bescheinigung, daß das gegenwärtige Exemplar mit dem Hauptexemplar der Wählerliste völlig übereinstimmt.“

Weitere Verfügung folgt.

Der Landrat
J. B.
Schuerra

Freibank auf dem Schlachthof zu Ems.
Heute **Dienstag, den 4. d. Mts.,**
Verkauf von **Rindfleisch** und zwar von 5—6 Uhr
nachm. auf die Freibankstufen Nr. 161—300.
Die **Schlachthofverwaltung**

Kartoffel-Ausgabe.

Auf Abschnitt II der Zufahrtarten werden je 10
Pfund Kartoffeln ausgegeben und zwar am Mittwoch,
den 5., Donnerstag, den 6., und Freitag, den 7. Mai
1920 von 2—5 Uhr nachmittags in der bisherigen
Reihenfolge.

Preis 30 Pfennig pro Pfund.

Die Ausgabe erfolgt am Spriehaus. Abgehöl-
tes Geld mitbringen.

Bad Ems, den 3. Mai 1920.

Verbrauchsmittelamt

Anmeldung von Fremden.

Die Hotelbesitzer, Inhaber von Kurlogierhäu-
fern und alle Einwohner, die Kurgäste und Passanten
Wohnung geben, sind verpflichtet, diese Personen so-
wohl bei der Kurkommission als auch bei der Polizei-
verwaltung schriftlich anzu-
melden. Für die Anmeldung bei der Kur-
kommission sind die vorgezeichneten Anmeldeformu-
lare auf dem Büro im Kurpaal abzuholen und zu be-
füllen. Zur Anmeldung bei der Polizei-
verwaltung sind die bisherigen Formulare —
Ausgang aus dem Fremdenbuch — zu verwenden. Das
Gleiche gilt für die Abmeldungen. Besteht ein Kur-
gast innerhalb Ems keine Wohnung, so hat der bis-
herige Wohnunggeber die Abmeldung, der neue Woh-
nungsgeber die Anmeldung auszuführen.

Bad Ems, den 30. April 1920.

Die Polizeiverwaltung.

Emser Vorkauf- u. Kreditverein

G. m. b. H.

Die 110. ordentliche General-Versammlung

findet am

Sonntag, den 9. Mai d. Js. abends 8 Uhr
im Hotel „Stadt Wiesbaden“ hier statt.

Die Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Geschäftsbericht.
2. Genehmigung der Bilanz und Verteilung des Reingewinnes.

Weitere Anträge zur Tagesordnung sind bis
Mittwoch, den 5. Mai d. Js., mittags 12 Uhr auf
dem Büro des Vereins schriftlich einzureichen.

Nach geschehener Festlegung der 1919 Dividende
kann diese sofort erhoben werden.

Bad Ems, 30. April 1920.

Der Vorstand.

Carl Ludwig Vog. Heinrich Rauth.

An die Landwirte!

Wer gesunde kräftige

Dickwurz

haben will, der dünge jetzt schon seine
Acker mit

Chlorkalium.

Solches ist zu haben bei

Wilh. Knapp, Oberhausen.

Größere Posten

:: Schiefertafeln ::

eingetroffen. Abgabe auch an Wiederverkäufer

Ph. H. Meckel, Diez.

Eingesandt.

Wir sollen jetzt angeblich das Muster einer demo-
kratischen Staatsform haben, in der die Regierung
den Willen des Volkes oder wenigstens der Mehrheit
des Volkes verkörpert. Das ist aber reine Heuchelei.
Besonders deutlich hat sich das jetzt wieder bei der
Frage der Feier des 1. Mai gezeigt. Die Na-
tionalversammlung hat mit erheblicher Mehrheit be-
schlossen, der 1. Mai solle kein Feiertag sein, ebenso
die preussische Landesversammlung. Trotzdem hat sich
der Minister Gansch-Geweltig, seine vorläufige Ver-
fügung, kein Lehrer und kein Schüler darf wegen Fern-
bleibens von der Schule am 1. Mai zur Verantwor-
tung gezogen werden, zurückzunehmen. Und was noch
schlimmer, der Reichspostminister Wiesbarts hat sogar
verfügt, der 1. Mai sei im Postdienst ein Feiertag.
So wird der Wille des Volkes beachtet, wenn er den
regierenden Herren nicht paßt. Wir haben eben in
Wirklichkeit eine reine, sozialdemokratische Parteiregierung,
in der auch die Herren der anderen sogenannten
Mehrheitsparteien, die Demokraten und die Zen-
trumsmänner, mitzureden müssen, wie geistigen wird.
Herr Wiesbarts gehört nämlich dem Zentrum an, einer
Partei, die mit gegen die Feier des 1. Mai gestimmt
hat. Deutscher Michel, wann wirst du einsehen, was
du von einer solchen Regierung zu erwarten hast, um
bei den Wahlen danach handeln zu?

Ein Feind der Heuchelei.

Todesanzeige.

Jes. 35, 10.

Heute morgen ist meine innigstgeliebte Gattin, unsere
herzensgute treusorgende Mutter, liebe Tochter, Schwester,
Schwägerin und Tante

Frau Lehrer Bastian

im 45. Lebensjahre von einem langen, mit großer Geduld
ertragenen Leiden durch den Tod erlöst worden und
in ein besseres Jenseits eingegangen.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

K. Bastian, Lehrer.

Frucht, den 3. Mai 1920.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 5. d. Mts.,
nachmittags 3^{1/2} Uhr statt.

Natürliches Ober-Selterser Mineralwasser

Unentbehrlich bei allen

Magen- und Darm-Erkrankungen
:: Störungen der Atmungsorgane ::
Grippe usw.

— Aerztlich empfohlen. —

Auch als **Tafelgetränk** besonders
bevorzugt, weil ein wirkliches natürliches
Mineralwasser ohne Ausscheidung und
ohne fremden Zusatz.

Niederlage:

Georg Besenreuter, Laurenburg

Unter Bezug auf vorstehendes Inserat
haben wir unsere Niederlage für unser
„Natürliches Ober-Selterser Mineralwasser“,
sowie „Oselt“ (Limonaden aus Ober-Selterser
hergestellt), nach freundschaftlicher Verein-
barung mit unserem bisherigen Vertreter
Herrn Wih. Zimmermann in Schridt, von
jetzt ab

Herrn Georg Besenreuter, Laurenburg
vorm. Gasthaus Wolf

übertragen und bitten wir unsere verehr-
lichen Abnehmer, das Herrn Zimmermann
gezeigte Wohlwollen freudl. künftig auch
Herrn Besenreuter schenken zu wollen.

Direktion

d. Nassau-Selterser Mineral-Quellen A.-G.

Wer wagt — gewinnt!

192000 Mark g.w.

Frankf. Pferde-Lotterie

Los 3 Mark — Ziehung bereits 12. Mai.

In allen Lotterien- und Zigarrengeschäften oder vom
Landwirtschaftlichen Verein in Frankfurt a. M., Ostend-
straße 10, zu haben.

Gesangverein „Sängerlust“

Allendorf bei Katzenelnbogen.

Sonntag, den 9. Mai, abends 8 Uhr

im Saalbau „Zur Erholung“

Unterhaltungsabend.

I. Platz Mk. 3.—, II. Platz Mk. 2.—

Der Vorstand.

Freiwillige Versteigerung.

Freitag, den 7. Mai, vormittags 8 Uhr
beginnend versteigert der Vormund der Erben
Aug. Klöppel von Bremberg öffentlich
meistbietend gegen Barzahlung:

Ein Pferd, 3 Kühe, 2 Stiere, 1 Rind,
1 Kalb, 1 Schlachtschwein, Hühner, land-
wirtschaftl. Geräte, sowie eine Partie
Heu, Stroh und Holz.

:: Bestellungen ::

auf Bezug der

„Emser Fremdenliste“

nimmt entgegen

Verlag H. Chr. Sommer, Bad Ems.

Empf. alle Sorten:

Gemüse- und Blumen-
pflanzen, blühende Stief-
mütterchen, Maßliebch.,
Vergißmeinnicht, Topf-
pflanzen, (vom 16. Mai an
kräft. Tabak-, Tomaten-
u. Kürbispflanzen mit
Topfballen) sowie alle
Gartensamerien
in altbekannter Güte.

Gärtnerei

Karl Baumann,
Diez.

Gallensteine!

beseitigt schmerzlos inner-
halb **24 Stunden** unser
„Beugamit“
Prospekte mit vielen Dank-
schreiben gratis.

Beumers & Co., Köln
Salierring 25. 1106

Ring- und Stemmverein

Bad Ems.

Heute abends 7^{1/2} Uhr:
: **Übungsstunde** :
Neben der Musik liegt. Treff-
punkt bei Herrn Hammer.
Pünktliches Erscheinen!
Der Vorstand.

Radiolover-Verein 1909

Bad Ems.

Heute Dienstag abends 7^{1/2} Uhr
im Central-Hotel

:: Versammlung ::

- Tagesordnung:
1. Bericht über das Rennen.
 2. Wahl von Kommissionen.
 3. Belegung der Kontroll-
stationen.
 4. Aufnahme neuer Mit-
glieder.
 5. Verschiedenes.
- Politisches Erscheinen un-
bedingt erforderlich.
Der Vorstand.

Rauchen los!

Rauchen abgewöhnen 15 Mk.
Breitl, Hannover,
Venusstr. 14.

Zu verkaufen:

Schreibische Kommode, Stä-
ger, Stuhl, Sitzbadewanne
u. a. Gegenstände.
Malbergstr. 3, Ems,
Haus Ems.

Städt. fleißiger Junge

für dauernd gesucht
Chemische Fabrik, Ems,
Coblenzstr.

Lehrjunge

ge sucht
Bäckerei Rauh,
Bad Ems.

1 Mutterziegen- lamm

zu verkaufen
Schwarzwälderhaus
Wiesbach 2, Ems.

Ein großes möbliertes Zimmer

an Taurmieter abzugeben.
Zu erfragen in der Gasse.

Mitglied der Kurpelle,
solch. Herr, sucht ab sofort,
evtl. 16. 5. 278

möbl. Zimmer

wenn möglich mit voller
Verpflegung. Zimmer mit Preis-
angabe erbitet **2. Janto,**
Vahstr. 14, Pension Schwan,
Ems.

Hotel oder Pension

mit vollst. Inventar zu
kaufen gesucht. Offert. unt.
Nr. 332 an die Geschäftsst.

Ein höheres Brauerey-Ge-
schäft sucht zum 1. Juli aus-
führer ein.

Wohnung

von 4-6 Zimmer nebst
Küche und Badstube.
Gest. Offerten an Ansp.
A. Mandach, Saarbrücken
1, Feldmannstr. 29 erbeten.

Guterhaltene, gebrauchte

Rüchen-Einrichtung

sowie gute baltische gebraucht.
Gerd. weiß oder schwarz, 3
taufen gesucht. Angebote
mit Preisang. unt. **2. 2. 1**
an die Geschäftsst. 262

Kaufe Möbel

ganze Einrichtungen zum
Hochwert.

Heinrich Ganthober,
Coblenz, Wehlstr. 8.
Telefon Nr. 1804.

Viele vermög. Damen

wollen sich bald glückselig
verheir. Herren auch ohne
Bermög. eig. sof. Aust. d.
Paul Falk, Berlin D. 112.

Bauschule

Havdoda
Meister- und Polierkurse.
Eintritt: August, Oktober u. Jan.
Ausführliches Programm Mk. 2

Redaktionsdienst
bis 11.11.20 u. sonst zu Hause,
ohne Vorkenntnisse. Räder
auf brich. **Ant. S. Wehrh**
& Co., G. m. b. H. Berlin
Lichterfelde, Postfach 340.

Achtung!

Am **Mittwoch, den 5.** wird im Hofe der
Wirtschaft „Zur Krone“, Ems von morgens
9 Uhr bis nachm. 4 Uhr

== **altes Papier zum Einkampfen** ==
zum Preise von **Mk. 40.—** der Str. angelauft.

A. Liebfried, Coblenz.

— Es wird gebeten, das Papier fest zu verpacken. —



sind in großer Auswahl
erhältlich bei

Kaufhaus J. Schmidt,
Bad Ems.

Bruchleidende!

Die einzigste, zuverlässigste und mit bestem Erfolg
angewandte Methode in der Behandlung des Bruches
und seiner Folgen ist mein konkurrenzloser Spezial-
apparat, dessen noch nie dagewesenen federnden
Pelotten den Bruch wie die Hand von unten nach
oben und daher richtig im Körper zurück hält. An-
gefertigt ohne Stahlfeder, also federlos, einzig aus
Leder und nach Maß gearbeitet, sichert und befestigt
ohne zu quälen; Tag und Nacht tragbar und verklei-
nert daher die schmerzhaften Brüche. Schriftliche
Garantie. Von Ärzten geprüft und als einzig
richtigen Schutz anerkannt. Deshalb zögert nicht
mehr, laßt alle übrigen unnützen Heilmethoden und
besucht meine kostenlose Sprechstunde von 9 bis 3
Uhr. Prüft und überzeugt Euch. Der Vertreter
des Spezialisten empfängt Männer, Frauen und Kin-
der am:

Montag 10. Mai in Nassau, im Gasth. z. Krone
Dienstag 11. " " Diez, Hof v. Holland
Mittwoch 12. " " Limburg, Hof z. alten Post
Donnerst 13. " " Montabaur, Hotel Schlemmer

Für Damen neuhe, verbesserte Apparate für Gebä-
rmuttsverfälle.

P. Gläder, Spezial-Verbandist, Saarbrücken,
Bismarckstr. 9.

Reine Rauchtabelle

Raucherlust, Feinschnitt,
Sportischag, Marineschnitt
aus der Fabrik Wilhelm Mertens, Cleve.
Kautabak, Röllchen Mk. 2.25
Stangenkautabak 2 Mark
Rud. Degenhardt,
Zigarrengeschäft
Nassau a. d. Lahn.

Ein Herd

und Gasbad u. Bratofen
zu verkaufen. 276
Wiltbergstr. 17, Ems.

Fremdenschild

preiswert zu verkaufen. Wo
jagt die Geschäftsst. 276

(Ein 9 Wochen trächt)
Erstlingschwein
zu verkaufen.
Peter Weber, Herold.

An-u. Verkauf

gebr. Möbel, sow. ganzer
Einrichtungen
Röhl sen., Lahnstr. 21,
Bad Ems.

Ein Hochstammiger, 22 J.
alter

Akazienbaum
zu verkaufen zu verkaufen.
Wainzgerstr. 6, Ems.